

AKTUELL

Urteil im Spendenskandal bei türkischem Sozialverein

Im Frankfurter Prozess um den millionenschweren Spendenskandal beim türkischen Wohltätigkeitsverein "Deniz Feneri" wurden die Angeklagten zu Haftstrafen zwischen zwei und knapp sechs Jahren verurteilt. Für vermeintlich gute Zwecke hatte "Deniz Feneri" 41 Millionen Euro bei gläubigen Muslimen in Deutschland eingesammelt.

Durch kriminelle Machenschaften des Sozialvereins mit dem Namen "Leuchtturm" wurden etwa 16 Millionen Euro zweckfremdet, stellte das Landgericht Frankfurt fest und verurteilte die Verantwortlichen zu Haft- und Bewährungsstrafen.

Gleichzeitig wurden Vorwürfe gegen den höchsten Medienwächter der Türkei bekannt. Der Vorsitzende des Obersten Radio- und Fernsehrats der Türkei (RTÜK), Aykut Zahid Akman, wird laut Frankfurter Staatsanwaltschaft als Beschuldigter geführt, weil er im Zusammenhang mit der Veruntreuung von Spenden Geld emp-

fangen haben soll.

Im Frankfurter Prozess verhängte das Landgericht die höchste Strafe gegen den 45 Jahre alten Gründer und späteren Geschäftsführer der deutschen Sektion des Vereins "Deniz Feneri" wegen Veruntreuung von Geldern. Sein 40 Jahre alter Nachfolger erhielt zwei Jahre und neun Monate Haft. Der 44 Jahre alte frühere Buchhalter des Vereins kam mit einer Bewährungsstrafe von 22 Monaten davon.

Der Vorsitzende Richter Jochen Müller sprach in der Urteilsbegründung von einem "Spendenbetrug, der alles überragt, was ich bislang erlebt habe". Mehr als 20.000 Einzelspender hatten 41 Millionen Euro gespendet, von denen 16 Millionen verschwunden sind. Gleichwohl sei die Affäre "keine innertürkische Angelegenheit, aus der sich die deutsche Justiz hätte heraushalten sollen", sagte Müller. Akquiriere ein Verein in Deutschland Spenden, müsse er sich auch der deutschen Justiz stellen, falls etwas nicht stimme.

Während der Gerichtsverhandlung war wiederholt

auch der Name des höchsten Medienwächters der Türkei gefallen. Gegen Akman ermittelt die Staatsanwaltschaft auch noch in einem weiteren Fall.

Im Zusammenhang mit der Pleite einer Baugenossenschaft werde ihm Betrug und Insolvenzverschleppung vorgeworfen, sagte die Sprecherin der Staatsanwaltschaft, Doris Möller-Scheu. Als Vorstand der früheren Of-

schuldigten dafür gesorgt haben, dass Eigenheimzulagen nicht in den Wohnungsbau flossen. Aufgrund von Rückforderungen der Steuerbehörden sei die Baugenossenschaft Bankrott gegangen. Der Anwalt von Akman wies die Vorwürfe zurück.

Die deutsche Abteilung von "Deniz Feneri" nannte Richter Müller "eine Fata Morgana", die nur dem Zweck gedient habe, dem Hauptange-

Geldes habe sich in der Türkei verloren. Mit dem Geld wurde laut Urteil unter anderem die Anschubfinanzierung für den religiös motivierten Fernsehsender "Kanal 7" besorgt sowie ein Fährschiff in der Ostsee unterhalten. In der Türkei waren Vorwürfe laut geworden, die islamisch-konservativen Partei AKP von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan habe von den veruntreuten Geldern profitiert. Das Frankfurter Landgericht stellte jetzt fest, dass es keine Belege dafür gebe, dass die Millionen direkt an die türkische Regierung oder Erdoğan's Regierungspartei geflossen sind.

Vom größten Spendenskandal des Jahrhunderts spricht dagegen die oppositionelle Republikanische Volkspartei (CHP) der Türkei. Die Partei sieht enge Verbindungen zwischen der AKP und dem Wohltätigkeitsverein. Die Drahtzieher des Spendenskandals seien in der Türkei zu suchen, berichten auch türkische Zeitungen unter Berufung auf die deutsche Justiz. Die türkische Staatsanwaltschaft hat eine routinemäßige Ermittlungen eingeleitet.



fenbacher und Frankfurter Wohnungsbaugenossenschaft (OFWG) soll Akman zusammen mit 17 weiteren Be-

klagten finanzielle Mittel für die Beteiligung an zahlreichen Kapitalgesellschaften zu beschaffen. Der Weg des

Türkei baut Atomkraftwerk

Im Südosten der Türkei soll der erste türkische Reaktor gebaut werden. Zwei weitere sind geplant. Umweltschützer und Experten warnen, und die Bevölkerung geht auf die Straße.

Seit mehr als 50 Jahren plant die Türkei den Einstieg in die Atomenergie. Im März dieses Jahres schrieb die Regierung in Ankara den Bau des ersten Atommeilers aus. In wenigen Tagen läuft die Ausschreibung ab. Dann soll der Auftrag vergeben werden.

Das Interesse ist groß: Konzerne aus Kanada, den USA, Japan, Frankreich, Belgien, Russland, China und Südkorea treten, teilweise gemeinsam mit türkischen Partnern, in mehreren Konsortien an. Für die Atom-Branche ist die türkische Ausschreibung wichtig – nicht nur weil die Regierung in Ankara in den kommenden Jahren zwei wei-

tere Kernkraftwerke bauen will und damit Anschlussaufträge locken.

Aus Sicht der Industrie markiert der Atom-Einstieg der Türkei auch einen wichtigen Schritt zur weltweiten Renaissance der Kernenergie.

„Die Kernenergie ist keine Option, sie ist eine Notwendigkeit für unser Land“, sagt der türkische Energieminister Hilmi Güler und verweist auf den wachsenden Energiehunger Anatoliens. Jährlich steigt der Strombedarf um acht Prozent. In den kommenden zwölf Jahren will die Regierung deshalb rund 85 Milliarden Euro in den Energiesektor investieren.

Das erste, jetzt zur Vergabe anstehende Kraftwerk soll bei Akkuyu an der türkischen Südküste gebaut werden. Der Standort liegt in einer Wachstumsregion. Er hat aber einen großen Nachteil: in nur 25 Kilometer Entfer-

nung verläuft der Eceemis-Graben, eine Bruchzone in der Erdkruste. Neue Untersuchungen zeigen, dass er aktiv ist und ein Erdbeben der Stärke von 6,5 oder höher auf der Richterskala auslösen könnte. Der kanadische Seismologe Buckthought warnt, dass bei einer 40-jährigen Betriebszeit des Akkuyu-Reaktors die Wahrscheinlichkeit eines Erdbebenschadens bei 50% liege.

Ein weiterer Schwerpunkt der Anti-Atom-Proteste ist Sinop an der türkischen Schwarzmeerküste, wo das zweite Kraftwerk gebaut werden soll. Tausende Bewohner demonstrierten hier bereits gegen das Vorhaben.

In diesem Teil der Türkei hat die Kernenergie besonders wenig Freunde. Denn viele Menschen erinnern sich an die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Vor 22 Jahren zogen radioaktive Wolken über das Schwarze Meer zur türki-

schon Küste. Felder, Tee- und Haselnussplantagen wurden verstrahlt. Immer noch sind die Kliniken Sinops überfüllt mit Krebspatienten. Die Forderungen der Bevölkerung nach einer Untersuchung der Tschernobyl-Folgen ignorieren die Politiker.

Kritik kommt aber nicht nur von Tschernobyl-Geschädigten und Atomgegnern. Es gibt auch Zweifel, ob die Türkei überhaupt die technologische Kompetenz und die administrativen Voraussetzungen für den Bau und Betrieb von Kernkraftwerken hat.

Der bekannte türkische Energie-Analyst Haluk Direskeneli sagt: „Wir haben nicht einmal die Kompetenz, moderne Wärmekraftwerke zu betreiben.“ Mit dem Einstieg in die Atomenergie beuge sich das Land in neue Abhängigkeiten von ausländischen Betreibern.

Dabei propagiert die Regierung die Kernkraftwerke ge-

rade mit dem Argument, die Türkei müsse bei der Energieversorgung unabhängiger vom Ausland werden. Zurzeit importieren die Türken 90 Prozent ihrer Energie.

Größte Lieferanten sind Russland und der Iran, einer der wichtigsten Energiekorridore der Türkei ist Georgien. Die Kaukasuskrise habe eindringlich gezeigt, wie gefährlich diese Abhängigkeiten seien, argumentieren Kernkraft-Befürworter.

Necdet Pamir, Energie-Experte und Dozent an der Bilkent Universität in Ankara, macht eine andere Rechnung auf.

Allein mit einer Modernisierung der Verteilungsnetze und einem optimierten Einsatz elektrischer Energie ließen sich 25% des Stromverbrauchs einsparen – dreimal so viel wie das erste Kernkraftwerk produzieren soll.